

Wirtschaftsdienst

Deutscher Volkswirt

Herausgegeben vom Hamburgischen Welt-Wirtschafts-Archiv

(Zentralstelle des Hamburgischen Kolonialinstituts)

Der Wirtschaftsdienst erscheint wöchentlich einmal. Jahrespreis bei der Post und im Buchhandel 36.— Mark

In Kommission bei Otto Meißners Verlag in Hamburg. Schriftleitung: Hamburg 36, Rothenbaumchauffee 5. Fernsprecher: HANSA 2447—51

Nr. 27

Hamburg, den 2. Juli 1920

5. Jahrg.

Inhalt:

Die Lage	Seite 385		
Die ägyptische Krise und das britische Weltreich..	„ 387	Weltwirtschaftliche Übersichten:	
Länder-Berichte:			
Die Nachfolgestaaten der österreichisch-ungarischen Monarchie	„ 390	Geld und Kapital	Seite 396
England	„ 392	Schiffahrt und Schiffbau	„ 398
Rußland	„ 393	Neueingänge	„ 400

Die Lage

Über den gegenwärtigen Zustand der deutschen Wirtschaft zu urteilen, ist ein abenteuerliches Unterfangen. Wir befinden uns in einer Lage, die vor der Erfindung der Statistik zu liegen scheint. Der Stand der deutschen Handelsbilanz ist unbekannt. Die amtlichen Anschreibungen über die deutsche Waren-Ein- und Ausfuhr sind der Öffentlichkeit nicht zugänglich. Es bedarf keines Beweises, daß ohne die Kenntnis dieser Zahlen jedes Nachdenken über die Bewegung der Devisenkurse, über die Kreditverträge mit ausländischen Staaten und über die Regelung des Außenhandels zum müßigen Rätselraten wird — und doch nicht werden darf, wenn nicht die Ämter auf die Anteilnahme der Öffentlichkeit an den Problemen der Wirtschaftspolitik zu verzichten gesonnen sind. Auch wenn die Anschreibungen lückenhaft waren und noch sind, so wären sie doch als Mindestzahlen noch immer von hoher Wichtigkeit. Aber wer verlangt, außer ein paar einflusslosen Publizisten, ihre Veröffentlichung? Es scheint, daß in diesem Deutschland der Sonderinteressen sich kein Mann von Autorität außerhalb der Ämter findet, der sich zum Anwalt einer elementaren Forderung des Gemeinwohls machen will. Jedermann begnügt sich, das eigene Schäfchen, möglichst gemästet, ins Trockene zu bringen und das Ganze wie bisher der Obrigkeit und den sogenannten Sachverständigen zu überlassen, die von der Obrigkeit von Zeit zu Zeit berufen werden. Man tut gut, das Mikroskop anzuwenden, wenn man diese republikanisch-demokratische Verfassung der Geister von der monarchisch-autokratischen vor Ausbruch der Revolution unterscheiden will.

Was von den Außenhandelszahlen gilt, findet fast auf jedem Wirtschaftsgebiet seine Entsprechung. Auch der Mann auf der Straße fängt an zu begreifen, daß die steigenden Preise eine Folge der inflatorischen Vermehrung der Zahlungsmittel sind. Aber die Ämter nehmen ihm die Möglichkeit, den Stand und das Wachstum der Inflation festzustellen. Die Reichsbank ist bei Ausbruch des Krieges ermächtigt worden, die dem Reiche gewährten Kredite zusammen mit den der Industrie und dem Handel gewährten zusammen auszuweisen,

obgleich die Regierungskredite inflatorisch wirken, die privaten Wechselkredite aber nicht. Man hat es getan, um dem Paragraphen des Bankgesetzes zu genügen, nach dem der nicht durch den Barbestand gedeckte Teil des Notenumlaufs durch diskontierte Wechsel gedeckt sein muß. Diese Deckungsvorschrift ist geschaffen worden, um inflatorischen Mißbräuchen vorzubeugen: neue Zahlungsmittel sollten nur geschaffen werden, wenn auch die verkaufsreife Warenproduktion um den gleichen Betrag vermehrt worden war — während bei der Gewährung von Regierungskrediten mit Zahlungsmitteln, die eigens zu diesem Zweck geschaffen werden, das Mißverhältnis zwischen Geldmenge und Warenmenge nur vergrößert werden kann. Indem man die Schatzanweisungen des Reichs in das Wechselportefeuille einzurechnen erlaubte, sorgte man für den Tag vor, da die privaten Wechsel nicht mehr zur Deckung der Banknoten ausreichten. Durch Einrechnung der Regierungskredite wurde man dann instand gesetzt, noch immer die Vorschrift des Gesetzes zu erfüllen — aber nur, indem man die Erfüllung ihres Wortlauts mit der Verkehrung ihres Sinnes in ihren Widersinn erkaufte. Der Paragraph, der die deutsche Wirtschaft vor den Gefahren heimlicher Inflation schützen sollte, deckte von nun an eben diese heimliche Inflation mit dem Schein der Legitimität.

Dies mochte während der Kriegsjahre als eine erlaubte Kriegslist gelten. Es war dagegen nur das eine einzuwenden, daß sie sehr bald entdeckt wurde und von diesem Augenblick an nur dazu beitrug, die Glaubwürdigkeit der Reichsbank-anweise im In- und Auslande fragwürdig zu machen. Jetzt aber ist diese Kriegslist im Begriff eine Gefahr für das eigene Volk zu werden. Wenn man vom Volk mit Recht fordert, daß es aus dem unwürdigen Zustand gedankenlosen Verzehrs erwacht und vom Ausland verlangt, und mit Recht verlangt, es solle sich nicht länger über den heillosen Stand der deutschen Finanzen täuschen, so ist doch wohl die erste Bedingung, daß unsere eigenen Ämter einer solchen Täuschung keinen Vorschub leisten. Dies geschieht, indem die Regierung fortfährt, die

Reichsbankausweise in einer Form veröffentlichen zu lassen, aus der der Stand der Regierungskredite und der Regierungsguthaben nicht abgelesen werden kann.

Wenn man die Wechseldeckungsvorschrift nicht abändern will (sie erinnert in ihrer Unverstandtheit heute an den russischen Posten, der noch zu Bismarcks Zeit einsam und ohne ersichtlichen Zweck auf einer Moskauer Parkwiese aufgestellt zu werden pflegte, wo die Kaiserin Katharina einst das erste Schneeglöckchen zu hüten befohlen hatte), so steht nichts im Wege, daß in einer Anmerkung der Anteil beigefügt wird, den die Reichsschatzanweisungen an dem sogenannten Wechselportefeuille der Reichsbank ausmachen. Auch der Ausweis der Darlehnskassen des Reichs müßte vervollständigt werden, wenn er den einfachsten Forderungen währungspolitischer Reinlichkeit genügen soll. Es reicht nicht hin, daß einmal am Schluß des Jahres angegeben wird, was das eigentlich für Kredite sind, deren Summe allein der wöchentliche Ausweis bekannt macht.

Nicht weniger wichtig wäre die an dieser Stelle schon vor einem Jahre geforderte Veröffentlichung von monatlichen oder wöchentlichen Aufstellungen über die Ausgaben und Einnahmen des Reichs. Es genügt nicht, daß einige Zeit nach dem Ende des Rechnungsjahres in irgend welchen amtlichen Schriftstücken, die der Öffentlichkeit kaum zugänglich sind, über das Verhältnis von Ausgaben und Einnahmen Rechenschaft abgelegt wird. Wer die Massen zum Mitdenken und zur Mitverantwortlichkeit erziehen will, wird diese furchtbaren Zahlen an den Litfaßsäulen anschlagen lassen müssen. Aber es scheint, daß man der Öffentlichkeit beunruhigende Nachrichten noch immer so gern wie in der Zeit entziehen möchte, wo man fürchten mußte, durch ihre Veröffentlichung den Kredit des Reiches zu schädigen. Diese Zeit gehört fürs erste der Vergangenheit. Wenn das Volk aufwachen soll, so genügt es nicht, ihm von Zeit zu Zeit in ministeriellen Reden zu versichern, es müsse Entsagung üben und gerne opfern. Eine solche Versicherung wird niemand aus seinem Dämmern reißen. Man hat sie zu oft gehört und bei wie törichten Gelegenheiten. Die Tatsachen müssen reden, mit der stummen und gewaltigen Anklage, die nur geborstene Mauern reden können.

Es genügt auch nicht, daß in jedem Monat ein paar Zahlen über Kohlenförderung und Saatenstand und ein paar kümmerliche Angaben über den Geschäftsgang einiger Industrien (aus welcher Quelle?) veröffentlicht werden. Ein Staat, der mit dem Tode kämpft, ist seinen Bürgern Rechenschaft schuldig über den Stand und jede Änderung seiner produktiven Kräfte: über den Schlüssel, nach dem Kohle verteilt wird, über den Stand der Getreideablieferungen, über die Bewegung der Löhne und über alle anderen Daten, die zur Beurteilung der Wirtschaftslage unumgänglich sind. So notwendig es ist, den Beamtenstab der Ämter einzuschränken, so wird der Ausbau der Produktionsstatistik doch von keinem Einsichtigen unter die entbehrlichen Dinge gerechnet werden. Wenn aber eingewendet wird, daß solche Veröffentlichungen nicht im nationalen Interesse lägen, so vergißt man auch hier, daß es nur rückhaltloser Offenheit gelingen kann, Begehrlichkeit und Argwohn der Vertragsgegner von Versailles zu entwaffnen. Wir können nur gewinnen, wenn wir unsere Wirtschaft mit gläsernen Wänden umgeben. Wir werden nur gerettet werden, wenn wir das träge Inland und das gierige Ausland beständig das Schreckliche zu sehen zwingen, das sich hinter diesen gläsernen Wänden vollzieht.

Deutschland hängt im Abgrund. Es hat die staatliche Souveränität im Vertrag von Versailles aufgegeben. Es hat auch die wirtschaftliche Souveränität durch sein Tun und Lassen

geopfert. Mehr als je ist es vom Ausland abhängig geworden. Es führt Zucker und Kohle, Eisen und viele anderen Waren ein, die zu den wichtigsten Posten seiner Ausfuhr zu gehören pflegten. Seine Währung ist der Willkür der ausländischen Finanzmächte preisgegeben. Sie haben es in der Hand, durch Aufkauf von Marknoten (von denen sich fünfzehn bis zwanzig Milliarden im Ausland befinden sollen — ein Viertel bis ein Drittel des gesamten deutschen Papiergeldumlaufs) den Kurs der Mark so weit zu steigern, daß Deutschlands Ausfuhrindustrie nicht mehr wettbewerbsfähig ist, oder durch Verkauf von Marknoten den Kurs der deutschen Währung so weit zu senken, daß eine Einfuhr von Lebensmitteln und Rohstoffen schlechthin zur Unmöglichkeit wird. Wir sind zum Spielball jeder ausländischen Laune geworden und sollten uns darüber nicht beklagen, denn wir allein sind für unser Schicksal verantwortlich.

Ehe nicht jeder Deutsche weiß und bekräftigt, daß jeder für das Ganze verantwortlich ist, wird dieses deutsche Geschick nicht gewendet. Ehe nicht die Kraft jedes Deutschen durch einen weisen und überlegenen Willen gelenkt wird, muß jedes Opfer tief vergeblich sein. Wenn nicht diese beiden Bedingungen erfüllt werden, bleibt ein wachsender Teil der Bevölkerung Deutschlands zum Hungertode verurteilt. Das Urteil wird langsam vollstreckt werden, wenn das Ausland es für richtig befindet, die Entstehung eines offenen Verwesungsherd in Mitteleuropa zu verhüten. Es wird rasch vollstreckt werden, wenn die widerstreitenden Interessen unserer Gegner das Zustandekommen einer eindeutigen Politik des europäischen Aufbaues verhindern. Es wird in jedem Fall vollstreckt werden, wenn nicht das Volk selbst sich zur Rettung verhilft. Verharrt Deutschland, geistig und wirtschaftlich, in dem heutigen Zustand, so wird nach kurzer Zeit das Mißverhältnis von Erzeugung und Verbrauch durch keine Auslandshilfe wieder auszugleichen sein.

Die Verworrenheit der Lage ist aber bereits so groß, daß jede Besserung die Unmöglichkeiten der Lage nur zu steigern scheint. Der Kurs der Mark hebt sich auf ein Achtel des Friedenskurses — und schon scheint die Wettbewerbsfähigkeit des Landes in Frage gestellt zu sein. Ganze Industriezweige feiern und erwägen Arbeiterentlassungen, andere schränken die Produktion ein — während der inländische Bedarf nicht im mindesten weniger dringlich geworden ist. Die radikalen Vertreter der Unternehmerinteressen schelten das Publikum, das durch seine Kaufsücht und durch sein Verlangen nach niedrigen Preisen den Fortgang der Produktion gefährde. Sie übersehen, daß die Kaufkraft der Massen, auch bei den inflatorischen Löhnen der Gegenwart, nicht mehr zur Deckung des nötigen Bedarfs zu den heutigen Preisen ausreicht, und daß die Nutznießer der steigenden Preise auch das Risiko eines Preisrückgangs tragen müssen, wenn die nicht mit Unrecht gerühmten Funktionen des Spiels von Angebot und Nachfrage und ihrer Ausgleichung durch die freie Preisbildung nicht zum Gespött werden sollen. Die radikalen Vertreter der Arbeiterschaft dagegen schließen aus dem Widerspruch zwischen Rentabilitätsminderung und Verbrauchshunger, daß es genüge, die Preise herabzusetzen und die Produktion in Gemeinbesitz überzuführen, um alle Produktionsprobleme zu lösen. Sie übersehen, daß auch in einer sozialistischen Wirtschaft nicht mehr verteilt werden kann als produziert wird und daß durch bloße Enteignung des Kapitalisten eine Hebung der Produktion schwerlich erreicht werden wird. Auch nicht durch Verbesserung der Technik und Betriebsorganisation allein. Denn wenn alle Steigerungen der Produktivität sofort durch Verminderungen der Arbeitsleistung ausgeglichen werden, so ist nicht das geringste ge-

ändert. Wenn jede Verbilligung der Produktion begleitet ist durch gesteigerte Tätigkeit der Banknotenpresse, bleiben die Preise unverändert.

Es liegt aber auf der Hand, daß jeder Anruf zu Opfer, Einschränkung und Anspannung ganz ohne Wirkung bleiben muß, wenn er sich allein an die Angehörigen der feindlichen Klasse richtet. Wenn in den Zeitungen der Rechtsparteien den Arbeitern gesagt wird, sie müßten weniger verbrauchen, mehr arbeiten und sich mit niedrigeren Löhnen begnügen, so wird es den Arbeitern leicht gemacht zu erwidern, sie seien dazu gern bereit, wenn erst die Besitzenden bewiesen, daß sie in der Bewahrung dieser Tugenden vorangingen; bisher wäre auch außerhalb der Arbeiterschaft nirgends zu sehen, daß irgend jemand seine Wirtschaftsmacht nicht dazu benutzte, sich so viel Einkommen wie möglich zu sichern und seinen Verbrauch an notwendigen und weniger notwendigen Gütern so weit auszudehnen, wie es ihm ohne Rücksicht auf das Gesamtwohl beliebt. Die Arbeiter sind nur darin im Unrecht, daß sie von der Unternehmerschaft ein Vorangehen fordern. Sie können dafür keinen haltbaren Grund anführen und beweisen damit nur, daß auch sie die Verantwortung auf fremde Schultern abwälzen wollen.

Es ist Zeit, daß jeder Stand, jede Klasse und jede Partei einsieht, daß der Feind weder rechts noch links, sondern in ihrer eigenen Mitte steht.

Kurt Singer

Nachschrift: Nach der Drucklegung dieses Aufsatzes ist (am 26. Juni 1920) vom Reichsfinanzministerium ein erster zaghafter Schritt auf dem hier geforderten Weg getan worden. Es hat den Stand der schwebenden Verschuldung des Reiches nach dem Stande vom 30. April 1920 (117 Milliarden M) — aber nicht den bei der Reichsbank diskontierten Betrag — und den Bruttoeingang von Zöllen und Steuern im Januar (!) 1920 und in den Monaten April 1919 bis Januar 1920, den zehn ersten Monaten des Rechnungsjahres 1919/20, bekanntgegeben: ausschließlich der Eingänge auf die außerordentlichen Kriegsabgaben für zehn Monate 5 Milliarden, gegen einen Voranschlag für 12 Monate von 13,5 Milliarden. Man versteht, daß die Veröffentlichung eines solchen Ergebnisses bis nach dem Ausgang der Wahlen aufgeschoben worden ist. Es ist vernichtend. Es wäre wohl noch vernichtender, wenn auch die Ausgaben des Reiches und ihr Verhältnis zu den im Voranschlag genannten Zahlen ausgewiesen worden wären. S.

Die ägyptische Krise und das britische Weltreich

Wer die Empire-Nummer der „Times“ v. 25. 5. überblickt, der hat den Eindruck einer gewaltigen Weltheerschau, den das Inselvolk, durch den Krieg seiner politischen Haupt Sorge ledig geworden, abhält. In allen Weltteilen große, blühende und sich immer weiter entwickelnde Gemeinwesen, von dem Union Jack beschirmt. Und doch kann der britische Politiker nicht ohne schwere Sorgen in die Zukunft blicken. Vier Stellen des Imperiums sind tönernen Füßen des Kolosses zu vergleichen: Irland mit seinem Zustande chronischer Revolution, Südafrika mit dem ausgesprochenen Willen der stärksten Partei nach Loslösung vom Mutterlande, Indien und seine Vorländer im Nordwesten als begierige Schüler des moskowitzischen Bolschewismus und schließlich Ägypten mit seinem Schrei nach Recht und Selbstbestimmung gemäß den Versailler Grundsätzen und den „edlen Zielen des Völkerbundes“. Alles, um was England gekämpft hat, ist gefährdet durch die sich kreuzenden Diagonalen: Londonderry-Kalkutta und Kap-Kairo. Der Schnittpunkt ist Kairo. Die afrikanische Politik Englands ist seit zwei Jahrzehnten um das Rückgrat Kap-Kairo gruppiert. Durch die Erlangung des Mandats über Deutsch-Ostafrika ist die lückenlose Verbindung des Mittelmeeres mit der Tafelbai auf dem Landwege erreicht. Würden Ägypten und die Union selbständig, so sind dem britischen Afrika Kopf und Füße abgehauen und der Rest bedeutet weltpolitisch nichts mehr. Südafrika war für England einst, was Ägypten ihm jetzt ist. Südafrika wurde englisch, weil es das notwendige Glied auf dem Seewege nach Indien war. Diese Bedeutung hat es lange nicht mehr. Mit dem Bau des Suezkanals trat Ägypten an seine Stelle. Deshalb bedeutet die Wegnahme Südafrikas heute nicht mehr den Zusammenbruch des Weltreiches. Wohl aber könnte die erzwungene Aufgabe Ägyptens diesen herbeiführen. Diese Erkenntnis lag ja auch den Vorstößen der Mittelmächte gegen Ägypten auf dem Landwege zugrunde, die Syrien, Palästina und angrenzende Gebiete zu einem der wichtigsten Neben-Kriegsschauplätze machten. Es gibt deshalb nur einen Punkt des Weltreiches, wo eine Aufgabe der britischen Herrschaft noch katastrophaler wäre: das ist Indien

selbst; Indien, um dessentwillen das Kapland, Birma, Belutschistan, Afghanistan, Persien, Arabien, Ägypten, der Sudan britisch werden oder doch unter britischer Kontrolle gezwängt werden mußte. So erklärt sich auch die Antwort, die auf eine Anfrage im Unterhause die Regierung gab: daß die von den Nationalisten erstrebte Unabhängigkeit nach einer Äußerung ihres Führers Zaghlül Pascha die Stellung des Suezkanals unter die Kontrolle des Völkerbundes nicht ausschloße. Es scheint also, als ob man im Schoße der britischen Regierung sich bereits mit einem Minimalprogramm beschäftigt, das man durchsetzen muß, wenn das ägyptische Protektorat selbst in vollem Umfange nicht zu halten ist.

Zu diesen Problemen ergreift einer der besten Kenner des Orients, Sir Valentine Chirol, früher selbst Beamter des „Foreign Office“ und dann bis 1912 politischer Leiter der „Times“, das Wort. Aus der militärischen Besetzung, welche das Land im Jahre 1882 — nach der von Sir Valentine vertretenen englischen Auffassung — vor der Anarchie errettete, hatte sich ein verschleiertes Protektorat entwickelt, mit welchem alle wirkliche Macht in die Hände des britischen diplomatischen Vertreters in Kairo glitt, obwohl Stellung und Rang desselben nicht höher war als der des diplomatischen Vertreters jeder anderen europäischen Macht.

Selbstverständlich konnte Ägypten mit seiner britischen Besatzungsarmee und bei dem entscheidenden Einfluß des britischen Residenten in der äußeren Politik im Weltkriege nicht neutral bleiben, selbst wenn sein Herrscher erklärte, es zu wollen. Der Khedive hoffte, als er Ägypten im Frühsommer 1914 verließ, daß ihn der Sieg der Mittelmächte, mit denen er stets sympathisiert hatte, nach Kairo zurückführen würde. Trotz der offiziellen Teilnahme am Kriege hatten die Ägypter gehofft, tatsächlich von ihm nicht berührt zu werden. Nachdem aber auf diese Weise freie Bahn geschaffen worden war, nahm Ägypten auch aktiv am Kriege teil, ohne daß dies allerdings äußerlich sehr in die Erscheinung trat. So wurde ägyptische Artillerie bei der Verteidigung des Suezkanals gegen den ersten türkischen Angriff 1915 verwendet. Ägypt-